

# Krieg ist Terrorismus mit höherem Budget

## Aufruf zur Friedensdemonstration in Koblenz anlässlich des Deutschlandbesuchs von US-Präsident Bush

### Die neue Weltordnung

"Wer nicht für uns ist – ist gegen uns" – Mit dieser Ansicht definierte US-Präsident Bush als Reaktion auf die Anschläge des 11. September die Weltbeziehungen neu und legitimiert damit jede Einmischung bis hin zur militärischen Intervention in aller Welt. Ein Verweis auf den Kampf gegen den Terrorismus reicht aus, um gegen missliebige Staaten oder andere Strukturen – unter Verstoß gegen Völkerrecht – auch militärisch zu intervenieren und somit weltweit Kriege führen zu können. Alle, die sich nicht der Vorherrschaft der USA und ihrer Verbündeten unterwerfen wollen, sind somit potentiell Ziel westlicher Gewalt. Drohungen gegen "die Achse des Bösen" oder eine Liste von Staaten, gegen die Atomwaffenschläge denkbar seien, unterstreichen dies.

Die Frage ob Gut oder Böse hängt keineswegs von Kriterien wie Demokratie und Menschenrechten ab. So paktieren die USA und ihre Verbündeten weiterhin mit Staaten wie z.B. Saudi-Arabien, in denen Frauenrechte unterdrückt und noch heute Menschen gesteinigt werden. Die Bush-Administration steht für die Verknüpfung wirtschaftlicher Interessen mit der politischen Macht. Sie ist wie keine US-Regierung zuvor personell mit der Öl- und Energiewirtschaft verflochten, was erhebliche Auswirkungen nicht nur auf die Irak-Politik hat. Bush selber ist "Mitglied des texanischen Öl-Clans", Vizepräsident Dick Cheney, Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, Wirtschaftsminister Donald Evans, Energieminister Spencer Abraham und Staatssekretärin Kathleen Cooper, sie alle hatten führende Positionen in der Branche inne. Rund 80 % aller Spenden des US-Wahlkampfes 2000 stammten aus der Öl- und Energiebranche.

### Deutschland

Am 22. und 23. Mai ist US-Präsident Bush zu

Besuch in Deutschland – einem Land, dessen Regierung im "Krieg gegen den Terror" seine "uneingeschränkte Solidarität" zugesagt hat. Unter dieser rot-grünen Regierung fanden die ersten Kampfeinsätze der Bundeswehr statt. Nachdem Deutschland seine Vergangenheit endgültig bewältigt glaubt und sich endlich "seiner internationalen Verantwortung stellen darf", stehen heute deutsche Soldaten in aller Welt – vom Horn von Afrika bis Afghanistan. Unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung betreibt die Bundesregierung mit Vorrang die endgültige Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee – zur Sicherung des freien Zugangs zu Märkten und Rohstoffen für die global agierenden Konzerne.

### Mit Sicherheit weniger Freiheit

Auch innenpolitisch wird der "Krieg gegen den Terror" genutzt, um Grund- und Bürgerrechte immer weiter abzubauen. Immer härtere Gesetze und weitreichendere Befugnisse für Polizei, BGS, Geheimdienste & Co. werden durchgesetzt. In atemberaubender Geschwindigkeit wurden seit September 2001 die Sicherheitsgesetze durch sämtliche Instanzen gepeitscht und verabschiedet. In nahezu allen Bundesländern werden Rasterfahndungen durchgeführt. Sie erlauben der Polizei das Ausspähen der Privatsphäre eines jeden in Deutschland lebenden Menschen und stellt Migrantinnen und Migranten unter einen Generalverdacht.

Anlässlich des Deutschlandbesuchs von US-Präsident Bush am 22. und 23. Mai 2002 ruft die Friedensbewegung zu Demonstrationen und Kundgebungen im ganzen Land auf.

**22. Mai 2002**

**Koblenz**

Platz vor der Herz-Jesu-Kirche

17.30 Uhr Auftaktkundgebung

18.00 Uhr Beginn der Demo

AufruferInnen: Antifa Koblenz, Attac Mittelrhein, Freie ArbeiterInnen Union Koblenz, Ökumenisches Friedensforum Koblenz, pax christi Basisgruppe Koblenz, PDS Koblenz